



Kultur Coronakrise

## Eine fatale Inkompetenzkaskade

### Das Versagen von Politik und Administration in der Coronakrise

Von Tom Wohlfarth 26.03.2021, 14:03 Uhr



Man kann es und man tut es: Im Osterlockdown wird es auf Mallorca bestimmt voll.

Foto: imagao/McPHOTO

Ja, inzwischen ist es wohl offiziell zum Common Sense geworden:

**Die Corona-Pandemie entwickelt sich zur größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg.**

➤ Hierzulande offenbart sie längst das größte Politikversagen der Nachkriegsgeschichte.

Mit dieser Diagnose freilich rennt man inzwischen so sehr offene Türen ein, dass es vielen schon wieder reicht mit den epochalen Klagetiraden. Vielleicht ist genau das aber auch der Punkt, an dem es eigentlich erst richtig losgehen muss mit der Kritik an einer Politik, die ihr Handeln von Anfang an unter den Anspruch stellte, jedes einzelne Menschenleben hochhalten zu wollen - und am Ende gerade diesen Anspruch kolossal zu verfehlen scheint.

Man muss die einzelnen Punkte des Corona-Versagens nicht alle noch einmal ausführlich aufzählen.

### **Hinlänglich bekannt sind**

- die Verfehlungen in Prävention und Bekämpfung der Pandemie,
- bei Impfstoff- und Testbeschaffung sowie
- Testinfrastruktur,
- der Verfolgung und Erforschung von Infektionsketten sowie
- der Prioritätensetzung von Maßnahmen und Hilfsmaßnahmen.

Inzwischen mehren sich auch die Erklärungsversuche für diese fatale Inkompetenzenkaskade.

Der Journalist Jonas Schaible etwa hat sie auf Twitter als lange Reihe von einander bedingenden Pfadabhängigkeiten beschrieben, beginnend bei der Selbstüberschätzung, dass man den Erfolg des ersten Lockdowns für eine Folge eigener umsichtiger Politik hielt und nicht vor allem für eine Riesenportion Glück. Hinzu kommt nach Ansicht des Soziologen Dirk Baecker ein Versagen der Bürokratie, die an manchen Stellen zu viel, an anderen zu wenig vorhanden sei, um eine sinnvolle - geschweige denn krisentaugliche - Balance zwischen »Sachlichkeit und Befindlichkeit«, »Routine und Improvisation« zu ermöglichen, wie Baecker in der Wochenzeitung »Freitag« schreibt.

Von Anfang an großer Buhmann war natürlich der Föderalismus. Dabei hätte der auch große Chancen für regional flexible Reaktionen bieten können - und tut das ganz selten ja tatsächlich, wie etwa die Corona-Musterstädte Tübingen und Rostock zeigen. Meistens aber gab es beim Zusammenspiel von Länderhoheit und zentraler Steuerung jeweils nur das Schlechteste von beidem. Das liegt wohl nicht zuletzt auch daran, dass Angela Merkel zum Ende ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft nun vollends die Kraft ausgegangen zu sein scheint, obwohl sie doch eigentlich nichts mehr zu verlieren hätte - aber anscheinend auch keinen Willen, noch irgendetwas zu gewinnen.

### **ÄHNLICHE ARTIKEL**

- 25.03.2021 / Aert van Riel

Kein Verlass mehr auf die Raute. Kanzlerin Angela Merkel macht einen Rückzieher beim Corona-Beschluss und gibt sich selbstkritisch

- 24.03.2021

Osterruhe wieder gekippt. Geplante Ruhetage werden wieder gestrichen / Maßnahme zur Eindämmung der Corona-Pandemie erweist sich als schwer umsetzbar

- 27.03.2021 / Andreas Fritsche

Wie reagieren auf Corona-Protteste? In Märkisch-Oderland überlegt die Zivilgesellschaft, was zu tun ist.

Mit immerhin einiger Genugtuung kann man inzwischen feststellen, dass das Bollwerk des mut- und tatenlosen Krisen-Status-quo erste starke Risse bekommen hat.

- War es noch Anfang des Jahres geradezu zum Verzweifeln, wie unbehelligt die CDU auf ihrem Krisen(miss)managementbonus durch die Umfragehöhen segelte, ist das spätestens seit den Korruptionsskandalen, messbar in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, anders. Das Debakel der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz könnte nun endgültig den Anfang vom Ende dieser CDU-Politik einläuten.

**Gefühlt zum ersten Mal seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, ist jetzt einmal wieder von »Mehrheiten jenseits der Union« die Rede.**

- Die ökologisch-sozialliberale Perspektive einer Ampelkoalition wäre nach einem Jahr Pandemieversagen inklusive massiver Freiheitseinschränkungen durchaus kein unplausibles Politikangebot. Auch wenn die tatsächlichen Positionen besonders von Grünen und FDP im Bund nach dem Scheitern von Jamaika 2017 weiterhin reichlich inkompatibel erscheinen. An der Regierungswilligkeit der FDP dürfte es diesmal jedenfalls nicht scheitern. Das unterscheidet sie momentan noch von rund der Hälfte der Linkspartei.

Welche Regierung aber auch immer ab Herbst das Erbe dieses historischen Versagens antreten wird, sie wird dieses aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts entstandene Staatsgebilde manövrierfähig für die Krisenkomplexe des 21. Jahrhunderts machen müssen. Aber reicht eine solche Perspektive von Fehlerkultur, Verwaltungsreform und vielleicht noch Parlamentarismus-Update aus für eine Situation, in der selbst Bürgerlich-Liberale Verständnis für »revolutionäre Ungeduld« zeigen?

- Reicht uns wirklich eine neue Regierung und eine Modernisierung der Staatsorganisation - oder brauchen wir eigentlich ein neues Paradigma der Politik?
- Denn letztlich liegt doch hinter dieser fatalen Funktionskrise immer noch das grundsätzlichere Problem, dass die Folgen jeglicher Krise sich bei uns systematisch ungleich verteilen.

Nicht nur wäre im Augenblick wohl die Stimmung eine zumindest etwas andere, würde es hier für alle - oder auch nur einen Großteil - der Beteiligten wirklich vor allem um die Frage gehen, ob sie ihren Osterurlaub dieses Jahr nun auf Mallorca oder an der Ostsee verbringen dürfen. Wer schon seit Jahren überhaupt keinen Urlaub mehr machen konnte und nun am Ende dieses Harakiri-Lockdowns vollends vor dem finanziellen Ruin steht, der hat momentan wohl andere Sorgen.

Andererseits aber ist diese - allen großspurigen Bekenntnissen zum Trotz - offensichtlich völlige Ignoranz der Politik **für die tatsächlichen Nöte von Zigmillionen Menschen zugleich ein strukturelles Problem.**

- Ja, die Bundesrepublik war immer schon ein kapitalistischer Staat.
- Es gab aber Zeiten, zu denen sie auch die Bezeichnung »Sozialstaat« noch etwas eher verdient hatte als heute. Denn all den gegenwärtigen Scholz-Milliarden zum Trotz, besteht offensichtlich eine gewaltige Konfusion darüber, wofür sie eigentlich am nötigsten einzusetzen wären.

In diesem Augenblick der akuten Not können wir nun leider nur noch hoffen, dass diese Regierung irgendwie doch noch möglichst bald eine Art von Kurve bekommt. Vielleicht werden wir Jens Spahn als Gesundheitsminister noch zugunsten von Karl Lauterbach los. Vielleicht findet Angela Merkel nach ihrem Mea-culpa-Moment doch noch zu einer Art von Epochendämmerungsgröße. Vielleicht kann dieser Dauerausnahmestand dann wenigstens im Sommer oder Herbst auch einmal enden, wenn vielleicht doch genügend Menschen geimpft und für die übrigen ausreichend Tests und Finanzhilfen vorhanden sind.

Bei der Bundestagswahl zur selben Zeit sollten wir dann endlich nicht mehr nur über das Klein-Klein zentral-föderal gelähmter Verordnungspolitik diskutieren (müssen) und auch nicht mehr nur über Personalfragen.

Wir alle sollten dann mit dafür sorgen, dass wir endlich auch einmal angemessen darüber diskutieren, ob und wie es mit diesem Land innerhalb Europas und der Welt in diesem und den nächsten Jahrzehnten wirklich zu mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehen soll oder nicht.



# Eine fatale Inkompetenzkaskade

Das Versagen von Politik und Administration in der Coronakrise. Von Tom Wohlfarth

**J**a, inzwischen ist es wohl offiziell zum Common Sense geworden: Die Corona-Pandemie entwickelt sich zur größten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Hierzulande offenbart sie längst das größte Politikversagen der Nachkriegsgeschichte. Mit dieser Diagnose freilich rennt man inzwischen so sehr offene Türen ein, dass es vielen schon wieder reicht mit den epochalen Klage Tiraden. Vielleicht ist genau das aber auch der Punkt, an dem es eigentlich erst richtig losgehen muss mit der Kritik an einer Politik, die ihr Handeln von Anfang an unter den Anspruch stellt, jedes einzelne Menschenleben hochhalten zu wollen – und am Ende gerade diesen Anspruch kolossal zu verfehlen scheint.

Man muss die einzelnen Punkte des Corona-Versagens nicht alle noch einmal ausführlich aufzählen. Hinlänglich bekannt sind die Verfehlungen in Prävention und Bekämpfung der Pandemie, bei Impfstoff- und Testbeschaffung sowie Testinfrastruktur, der Verfolgung und Erforschung von Infektionsketten sowie der Prioritätensetzung von Maßnahmen und Hilfsmaßnahmen. Inzwischen mehren sich auch die Erklärungsversuche für diese fatale Inkompetenzkaskade.

Der Journalist Jonas Schaible etwa hat sie auf Twitter als lange Reihe von einander bedingenden Pfadabhängigkeiten beschrieben, beginnend bei der Selbstüberschätzung, dass man den Erfolg des ersten Lockdowns für eine Folge eigener umsichtiger Politik hielt und nicht vor allem für eine Riesenportion Glück. Hinzu kommt nach Ansicht des Soziologen Dirk Baecker ein Versagen der Bürokratie, die an manchen Stellen zu viel, an anderen zu wenig vorhanden sei, um eine sinnvolle – geschweige denn krisentaugliche

– Balance zwischen »Sachlichkeit und Befindlichkeit«, »Routine und Improvisation« zu ermöglichen, wie Baecker in der Wochenzeitung »Freitag« schreibt.

Von Anfang an großer Buhmann war natürlich der Föderalismus. Dabei hätte der auch große Chancen für regional flexible Reaktionen bieten können – und tut das ganz selten ja tatsächlich, wie etwa die Corona-Musterstädte Tübingen und Rostock zeigen. Meistens aber gab es beim Zusammenspiel von Länderhoheit und zentraler Steuerung jeweils nur das Schlechteste von beidem. Das liegt wohl nicht zuletzt auch daran, dass Angela Merkel zum Ende ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft nun vollends die Kraft ausgegangen zu sein scheint, obwohl sie doch eigentlich nichts mehr zu verlieren hätte – aber anscheinend auch keinen Willen, noch irgendetwas zu gewinnen.

Mit immerhin einiger Genugtuung kann man inzwischen feststellen, dass das Bollwerk des mut- und tatenlosen Krisen-Status quo erste starke Risse bekommen hat. War es noch Anfang des Jahres geradezu zum Verzweifeln, wie unbehelligt die CDU auf ihrem Krisen(miss)managementbonus durch die Umfragehöhen segelte, ist das spätestens seit den Korruptionsskandalen, messbar in den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, anders. Das Debakel der jüngsten Ministerpräsidentenkonferenz könnte nun endgültig den Anfang vom Ende dieser CDU-Politik einläuten.

Gefühlt zum ersten Mal seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, ist jetzt einmal wieder von »Mehrheiten jenseits der Union« die Rede. Die ökologisch-sozialliberale Perspektive einer Ampelkoalition wäre nach einem Jahr Pandemieversagen inklusive massiver Freiheitseinschränkungen durchaus kein un-

plausibles Politikangebot. Auch wenn die tatsächlichen Positionen besonders von Grünen und FDP im Bund nach dem Scheitern von Jamaika 2017 weiterhin reichlich inkompatibel erscheinen. An der Regierungswilligkeit der FDP dürfte es diesmal jedenfalls nicht scheitern. Das unterscheidet sie momentan noch von rund der Hälfte der Linkspartei.

Welche Regierung aber auch immer ab Herbst das Erbe dieses historischen Versagens antreten wird, sie wird dieses aus den Schrecken des 20. Jahrhunderts entstandene Staatsgebilde manövrierfähig für die Krisenkomplexe des 21. Jahrhunderts machen müssen. Aber reicht eine solche Perspektive von Fehlerkultur, Verwaltungsreform und vielleicht noch Parlamentarismus-Update aus für eine Situation, in der selbst Bürgerlich-Liberale Verständnis für »revolutionäre Ungeduld« zeigen? Reicht uns wirklich eine neue Regierung und eine Modernisierung der Staatsorganisation – oder brauchen wir eigentlich ein neues Paradigma der Politik? Denn letztlich liegt doch hinter dieser fatalen Funktionskrise immer noch das grundsätzlichere Problem, dass die Folgen jeglicher Krise sich bei uns systematisch ungleich verteilen.

Nicht nur wäre im Augenblick wohl die Stimmung eine zumindest etwas andere, würde es hier für alle – oder auch nur einen Großteil – der Beteiligten wirklich vor allem um die Frage gehen, ob sie ihren Osterurlaub dieses Jahr nun auf Mallorca oder an der Ostsee verbringen dürfen. Wer schon seit Jahren überhaupt keinen Urlaub mehr machen konnte und nun am Ende dieses Harkiri-Lockdowns vollends vor dem finanziellen Ruin steht, der hat momentan wohl andere Sorgen.

Andererseits aber ist diese – allen großspürigen Bekenntnissen zum Trotz – offensichtlich völlige Ignoranz der Politik für die tatsächlichen Nöte von Zigmillionen Menschen zugleich ein strukturelles Problem. Ja, die Bundesrepublik war immer schon ein kapitalistischer Staat. Es gab aber Zeiten, zu denen sie auch die Bezeichnung »Sozialstaat« noch etwas eher verdient hatte als heute. Denn all den gegenwärtigen Scholz-Milliarden zum Trotz, besteht offensichtlich eine gewaltige Konfusion darüber, wofür sie eigentlich am nötigsten einzusetzen wären.

In diesem Augenblick der akuten Not können wir nun leider nur noch hoffen, dass diese Regierung irgendwie doch noch möglichst bald eine Art von Kurve bekommt. Vielleicht werden wir Jens Spahn als Gesundheitsminister noch zugunsten von Karl Lauterbach los. Vielleicht findet Angela Merkel nach ihrem Mea-culpa-Moment doch noch zu einer Art von Epochendämmerungsgröße. Vielleicht kann dieser Dauerausnahmestand dann wenigstens im Sommer oder Herbst auch einmal enden, wenn vielleicht doch genügend Menschen geimpft und für die übrigen ausreichend Tests und Finanzhilfen vorhanden sind.

Bei der Bundestagswahl zur selben Zeit sollten wir dann endlich nicht mehr nur über das Klein-Klein zentral-föderal gelähmter Verordnungspolitik diskutieren (müssen) und auch nicht mehr nur über Personalfragen. Wir alle sollten dann mit dafür sorgen, dass wir endlich auch einmal angemessen darüber diskutieren, ob und wie es mit diesem Land innerhalb Europas und der Welt in diesem und den nächsten Jahrzehnten wirklich zu mehr Gleichheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehen soll oder nicht.

*Reicht uns wirklich eine neue Regierung und eine Modernisierung der Staatsorganisation – oder brauchen wir eigentlich ein neues Paradigma der Politik?*